Synopse

Änderung des Waldgesetzes (WaldG), Teilrevision

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (RB Nummern)

Neu: –
 Geändert: **921.1**
 Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
	Änderung des Waldgesetzes (WaldG)
	I.
	Der Erlass RB 921.1 (Waldgesetz vom 14. September 1994) (Stand 1. April 2014) wird wie folgt geändert:
Waldgesetz	Waldgesetz
	(WaldG)
vom 14. September 1994	
<p>§ 5 Forstrevierkörperschaften</p> <p>¹ Für jedes Forstrevier ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft im Sinne von § 37 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch¹⁾ zu bilden. Sie ist Trägerin der Beförderung.</p> <p>² Die Waldeigentümer sind Mitglieder der Körperschaft.</p> <p>³ Die Körperschaft stellt einen Revierförster oder eine Revierförsterin an.</p> <p>⁴ Der Regierungsrat erlässt Rahmenvorschriften über Anstellung und Besoldung der Revierförster und Revierförsterinnen.</p>	<p>³ Die Körperschaft stellt <u>ein</u> <u>die</u> Revierförster oder <u>eine</u> <u>Revierförsterin</u> <u>und</u> <u>Re-</u> <u>vierförsterinnen</u> an.</p>

¹⁾ [210.1](#)

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>⁵ Die Körperschaft schliesst mit dem Kanton Leistungsvereinbarungen gemäss den §§ 31 und 33 ab.</p>	
<p>§ 6 Staatsforstbetrieb</p> <p>¹ Der Kanton führt einen Staatsforstbetrieb nach ökologischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.</p> <p>² Der Regierungsrat legt fest, welche kantonseigenen Wälder zum Staatsforstbetrieb gehören.</p>	<p>§ 6 <u>Staatswald und Staatsforstbetrieb</u></p> <p>¹ Der Kanton führt einen Staatsforstbetrieb nach ökologischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. <u>Regierungsrat legt fest, welche kantonseigenen Wälder zum Staatswald gehören.</u></p> <p>² Der Regierungsrat legt fest, welche kantonseigenen Wälder zum Staatsforstbetrieb gehören. <u>Die Staatswaldflächen werden nach ökologischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen bewirtschaftet.</u></p> <p>³ Zur Bewirtschaftung der Staatswaldflächen führt der Kanton einen Forstbetrieb. Der Staatsforstbetrieb kann forstliche und forstnahe Arbeiten im Auftrag von Dritten ausführen. Er kann Ausbildungen im Forstbereich anbieten.</p>
<p>§ 9 Ausgleich</p> <p>¹ Entstehen durch Rodungsbewilligungen erhebliche Vorteile, sind die Grundeigentümer durch den Kanton zu Ausgleichszahlungen heranzuziehen.</p> <p>² Diese betragen 60 Prozent der Differenz zwischen dem Verkehrswert des gerodeten Grundstücks und jenem des Waldes. Aufwendungen für den Rodungsersatz sind vom Verkehrswert des gerodeten Grundstücks abzuziehen.</p> <p>³ Für die Entstehung des Anspruchs und die Bemessung der Ausgleichszahlung ist der Zeitpunkt der Bewilligung massgebend.</p> <p>⁴ Für nicht ausgeführte Rodungen wird die Ausgleichszahlung nach Erlöschen der Bewilligung auf Gesuch zurückerstattet.</p>	<p>¹ Entstehen durch Rodungsbewilligungen erhebliche Vorteile, <u>die nicht nach § 63 des Planungs- und Baugesetzes erfasst werden,</u> sind die Grundeigentümer durch den Kanton zu Ausgleichszahlungen heranzuziehen.</p>
<p>§ 10 Waldfonds</p>	

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>¹ Ersatzabgaben im Sinne des Bundesgesetzes über den Wald¹⁾ sowie Ausgleichszahlungen fliessen in einen kantonalen Waldfonds.</p> <p>² Der Regierungsrat verwendet die Mittel des Fonds für Walderhaltungsmassnahmen. Er kann diese Befugnis an das Departement delegieren.</p>	<p>¹ Ersatzabgaben im Sinne des Bundesgesetzes über den Wald sowie Ausgleichszahlungen fliessen in <u>Der Kanton führt einen kantonalen Waldfonds als Spezialfinanzierung.</u></p> <p>² Der Regierungsrat verwendet die Mittel des Fonds für Walderhaltungsmassnahmen. Er kann diese Befugnis an das Departement delegieren <u>In den Waldfonds fliessen Ausgleichszahlungen gemäss § 9.</u></p> <p>³ Der Regierungsrat verwendet die Mittel für Walderhaltungsmassnahmen. Er kann diese Befugnis an das Departement delegieren.</p>
<p>§ 11 Abgrenzung von Wald und Nutzungszonen</p> <p>¹ Waldfeststellungen zur Abgrenzung von Wald und Nutzungszonen werden durch den Kanton in Form von Plänen erlassen. Sind nur wenige Grundeigentümer betroffen, können nach Anhörung der Gemeinde und der Grundeigentümer Einzelentscheide erlassen werden.</p> <p>² Die Pläne sind in den Gemeinden während 20 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflagefrist kann auf maximal 30 Tage verlängert werden, um die Koordination mit anderen Verfahren sicherzustellen. Der Kanton sorgt für die Koordination mit Planaufgaben der Gemeinden.</p> <p>³ Wer durch die Pläne berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse hat, kann während der Auflagefrist bei der zuständigen kantonalen Behörde schriftlich Einsprache erheben. Die Einsprache ist zu begründen.</p> <p>⁴ Die Gemeinden sind verpflichtet, die gemäss Absatz 1 festgelegten Waldgrenzen in ihren Nutzungsplänen einzutragen.</p>	<p>² Die Pläne sind in den Gemeinden während 20<u>30</u> Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflagefrist kann auf maximal 30 Tage verlängert werden, um die Koordination mit anderen Verfahren sicherzustellen. Der Kanton sorgt für die Koordination mit Planaufgaben der Gemeinden.</p>
	<p>§ 14a Nachteilige Nutzungen</p>

¹⁾ SR [921.0](#)

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
	<p>¹ Nachteilige Nutzungen im Sinne von Art. 16 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz, WaG)¹⁾ wie das Niederhalten von Bäumen, die Waldweide, dauernde Christbaumkulturen, das Abstellen nichtforstlicher Maschinen und Geräte sowie das Ablagern und Zwischenlagern von Abfällen sind verboten.</p> <p>² Der Kanton kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen bewilligen, sofern die nachhaltige Bewirtschaftung nicht beeinträchtigt wird.</p>
<p>§ 17 Abstand des Waldes zu angrenzenden Nutzungen</p> <p>¹ Für die Verjüngung oder Erstaufforstung von Wald legt der Regierungsrat Mindestabstände gegenüber angrenzenden Nutzungen fest.</p> <p>² Diese Abstände sind so zu bemessen, dass sie den Aufbau eines naturnahen und stabilen Waldsaumes zulassen. Allfällige Beeinträchtigungen der angrenzenden Nutzung durch den Wald sind angemessen zu berücksichtigen.</p>	<p>² Diese Abstände sind so zu bemessen, dass sie den Aufbau eines naturnahen und stabilen Waldsaumes<u>Waldrandes</u> zulassen. Allfällige Beeinträchtigungen der angrenzenden Nutzung durch den Wald sind angemessen zu berücksichtigen.</p>
<p>§ 18 Grundsätze</p> <p>¹ Pflege und Nutzung des Waldes sind Aufgabe der Eigentümer. Diese achten auf den Aufbau eines stabilen Bestandes und befolgen die Grundsätze des naturnahen Waldbaues.</p> <p>² Wald und Waldsaum sind als ökologisch reichhaltige Lebensräume für Wildtiere und Pflanzen zu gestalten.</p> <p>³ Die Strauchschicht des Waldsaumes ist nachhaltig zu sichern.</p>	<p>¹ Pflege und Nutzung des Waldes sind Aufgabe der Eigentümer. Diese achten auf den Aufbau eines stabilen Bestandes und befolgen die Grundsätze des naturnahen Waldbaues. <u>Sie tragen den sich verändernden klimatischen Bedingungen Rechnung. Sie schonen Boden, Flora und Fauna.</u></p> <p>² Wald und Waldsaum<u>Waldrand</u> sind als ökologisch reichhaltige Lebensräume für Wildtiere und Pflanzen zu gestalten.</p> <p>³ Die Strauchschicht des Waldsaumes<u>Waldrandes</u> ist nachhaltig zu sichern.</p>
<p>§ 19 Forstliche Planung</p> <p>¹ Der Kanton regelt und plant die Bewirtschaftung des Waldes. Der Regierungsrat erlässt regionale Waldpläne, das Departement Betriebspläne. Dabei ist für die Koordination mit anderen raumwirksamen Tätigkeiten zu sorgen.</p>	<p>¹ Der Kanton regelt und plant die Bewirtschaftung des Waldes. Der Regierungsrat erlässt regionale Waldpläne<u>einen Waldentwicklungsplan</u>, das Departement Betriebspläne<u>Ausführungspläne</u>. Dabei ist für die Koordination mit anderen raumwirksamen Tätigkeiten zu sorgen.</p>

¹⁾ SR [921.0](#)

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>² Die Interessen der Waldeigentümer sind bei der Planung zu berücksichtigen, soweit nicht erhebliche öffentliche Interessen entgegenstehen.</p>	
<p>§ 20 Regionale Waldpläne</p> <p>¹ Regionale Waldpläne legen die langfristigen Ziele der Waldentwicklung fest.</p> <p>² Die Interessen der Gemeinden sind angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>³ Die Entwürfe der regionalen Waldpläne sind öffentlich bekannt zu machen. Jedermann kann sich zu den Entwürfen äussern.</p>	<p>§ 20 Regionale Waldpläne <u>Waldentwicklungsplan</u></p> <p>¹ Regionale Waldpläne legen die langfristigen Ziele der Waldentwicklung fest. <u>Der Waldentwicklungsplan gibt Aufschluss über die langfristigen Ziele der Waldentwicklung fest. Waldfunktionen und deren Gewichtung sowie über die angestrebten Entwicklungen. Er ist behördenverbindlich.</u></p> <p>³ Der Entwurf des Waldentwicklungsplans ist während 30 Tagen zur öffentlichen Einsichtnahme bereitzustellen. Die Entwürfe der regionalen Waldpläne sind öffentlich bekannt. <u>Möglichkeit zur Einsichtnahme ist im Amtsblatt zu machen publizieren.</u> Jedermann kann sich zu den Entwürfen zum Entwurf äussern.</p>
<p>§ 21 Betriebspläne</p> <p>¹ Betriebspläne legen die mittelfristigen Ziele und Massnahmen fest, die zur Umsetzung der regionalen Waldpläne notwendig sind.</p> <p>² Betriebspläne werden für Forstbetriebe mit einer vom Regierungsrat festzulegenden minimalen Waldfläche erstellt.</p> <p>³ Für die übrigen Waldflächen wird revierweise ein Betriebsplan erstellt.</p> <p>⁴ Betriebspläne sind während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Während der Auflagefrist können betroffene Waldeigentümer beim Kanton schriftlich Einsprache erheben. Die Einsprache ist zu begründen.</p>	<p>§ 21 Betriebspläne <u>Ausführungspläne</u></p> <p>¹ Betriebspläne <u>Ausführungspläne</u> legen die mittelfristigen Ziele und Massnahmen fest, die zur Umsetzung der regionalen Waldpläne des Waldentwicklungsplans notwendig sind.</p> <p>² Betriebspläne werden für Forstbetriebe mit einer vom Regierungsrat festzulegenden minimalen Waldfläche <u>Für jedes Forstrevier wird ein eigentumsübergreifender Ausführungsplan erstellt.</u></p> <p>³ Für die übrigen Waldflächen wird revierweise ein Betriebsplan erstellt. <u>Grundeigentümer verbindlich.</u></p> <p>⁴ Betriebspläne <u>Ausführungspläne</u> sind während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Während der Auflagefrist können betroffene Waldeigentümer beim Kanton schriftlich Einsprache erheben. Die Einsprache ist zu begründen.</p>
<p>§ 22 Verbindlichkeit der Pläne</p> <p>¹ Die regionalen Waldpläne sind für die Behörden verbindlich.</p>	<p>§ 22 <i>Aufgehoben.</i></p>

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>² Betriebspläne sind in bezug auf Walderhaltungsmassnahmen für die Eigentümer verbindlich.</p>	
<p>§ 23 Minimale Pflege</p> <p>¹ Um die Schutzfunktionen des Waldes zu gewährleisten, kann der Kanton die Eigentümer über die Betriebsplanung hinaus zu einer minimalen Pflege verpflichten.</p>	<p>¹ Um die Schutzfunktionen des Waldes zu gewährleisten, kann der Kanton die Eigentümer über die Betriebsplanung hinaus <u>unabhängig von der Ausführungsplanung</u> zu einer minimalen Pflege verpflichten.</p>
<p>§ 25 Holznutzungen</p> <p>¹ Holznutzungen im Wald bedürfen einer Bewilligung des Kantons. Sie sind vor der Ausführung durch den Forstdienst anzuzeichnen.</p> <p>² Keiner Bewilligung bedürfen angezeichnete Holznutzungen, wenn die betreffende Fläche im regionalen Waldplan vorrangig der Holznutzung zugewiesen und der Eingriff im Betriebsplan vorgesehen ist.</p>	<p>¹ Holznutzungen im Wald bedürfen einer Bewilligung des Kantons. Sie sind vor der Ausführung durch den Forstdienst anzuzeichnen.</p> <p>² Keiner Bewilligung bedürfen angezeichnete Holznutzungen, wenn <u>Der Regierungsrat regelt die betreffende Fläche im regionalen Waldplan vorrangig der Holznutzung zugewiesen und der Eingriff im Betriebsplan vorgesehen ist</u> <u>Einzelheiten.</u></p>
<p>§ 28 Aus-, Fort- und Weiterbildung</p> <p>¹ Die Ausbildung des Forstpersonals sowie der Waldarbeiter und der Waldarbeiterinnen ist Sache des Kantons. Für Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen, die in Forstbetrieben tätig sind, ist die Ausbildung obligatorisch.</p> <p>² Der Kanton ist mit den Berufsverbänden und forstlichen Organisationen für die Fortbildung des gesamten Forstpersonals verantwortlich. Er sorgt mit den Berufsverbänden für die Organisation und die Durchführung der höheren Fachprüfung für Forstwart-Meister und -Meisterinnen sowie der Berufsprüfung für Forstwart-Vorarbeiter und -Vorarbeiterinnen. Er beteiligt sich an den Kosten.</p> <p>³ Der Kanton kann Fortbildungskurse für Revierförster und Revierförsterinnen obligatorisch erklären. Die Entlöhnung ist Sache des Arbeitgebers.</p>	<p>¹ Die Ausbildung des Forstpersonals sowie der Waldarbeiter und der Waldarbeiterinnen ist Sache des Kantons. Für Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen, die in Forstbetrieben tätig sind, ist die Ausbildung obligatorisch.</p>
	<p>§ 28a Polizeiliche Ausbildung</p>

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
	<p>¹ Der Regierungsrat regelt die Aus- und Weiterbildung von Personen des Forstdienstes mit polizeilichen Befugnissen.</p>
<p>§ 33 Finanzhilfe</p> <p>¹ Der Kanton kann auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen Finanzhilfe für den Waldbau und die forstliche Infrastruktur gewähren.</p>	<p>§ 33 FinanzhilfeFinanzhilfen</p> <p>¹ Der Kanton kann auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen <u>Finanzhilfe Finanzhilfen</u> für den <u>naturnahen</u> Waldbau <u>und die forstliche Infrastruktur, der sich an den sich verändernden klimatischen Bedingungen orientiert</u>, gewähren.</p> <p>² Finanzhilfen für die forstliche Infrastruktur kann der Kanton im Rahmen von Einzelprojekten gewähren.</p>
<p>§ 34 Berechtigung</p> <p>¹ Beiträge für Massnahmen werden ausgerichtet, wenn die Ausführung nach den Grundsätzen der Waldgesetzgebung von Bund und Kanton erfolgt.</p> <p>² Beiträge erhält, wer die angeordnete Leistung erbringt oder die Kosten von Massnahmen oder Investitionen zu tragen hat, wie Waldeigentümer, Forstrevierkörperschaften oder Gemeinden.</p>	<p>¹ Beiträge für <u>Massnahmen</u> werden ausgerichtet, wenn die Ausführung <u>der Massnahmen</u> nach den Grundsätzen der Waldgesetzgebung von Bund und Kanton <u>sowie nach Massgabe der forstlichen Planung</u> erfolgt.</p>
	<p>§ 34a Kostenbeteiligung durch Dritte</p> <p>¹ Der Kanton kann Dritte, die aus vertraglich oder hoheitlich festgelegten Massnahmen einen besonderen Nutzen ziehen, dazu verpflichten, sich im Verhältnis zum Vorteil an den Kosten zu beteiligen.</p> <p>² Ein besonderer Nutzen liegt insbesondere vor, wenn sich durch die forstlichen Massnahmen andere Massnahmen, zu denen Gemeinden oder Dritte verpflichtet sind, erübrigen oder kostengünstiger ausführen lassen.</p> <p>³ Übersteigt der Aufwand zur Durchführung vertraglich oder hoheitlich festgelegter Massnahmen, bedingt durch raumplanerische Gegebenheiten, das übliche Mass, kann der Kanton die Politischen Gemeinden dazu verpflichten, sich angemessen an den Mehrkosten zu beteiligen.</p>

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>§ 35 Höhe</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt den Rahmen für Beiträge gemäss den §§ 31 bis 33 fest.</p>	<p>§ 35 HöheBeitragshöhe</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt den Rahmen für Beiträge gemäss den §§ 31 bis 33 fest <u>Abgeltungen betragen 80 % der anrechenbaren Kosten.</u></p> <p>² Finanzhilfen betragen 40 % bis 70 % der anrechenbaren Kosten und richten sich nach der Art der Massnahme sowie der Schwierigkeit der Massnahme oder der Bedeutung der Objekte.</p>
	<p>§ 35a Rückforderung und Kürzung von Beiträgen</p> <p>¹ Beiträge werden gekürzt, nicht ausbezahlt oder zurückgefordert, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Empfänger oder die Empfängerin seine oder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt,2. verfügte oder vereinbarte Auflagen nicht eingehalten werden oder3. Beiträge zweckentfremdet werden. <p>² Abgeltungen nach § 32 werden gekürzt, wenn die Revierstrukturen oder die Anstellungsbedingungen für den Revierförster oder die Revierförsterin den kantonalen Grundsätzen nicht entsprechen.</p> <p>³ Das Rückforderungsrecht verjährt zehn Jahre nach der Auszahlung. Zurückzuerstattende Beträge sind ab Entstehung des Rückforderungsanspruchs zu verzinsen. Der Zinssatz entspricht jenem der Thurgauer Kantonalbank für Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften.</p>
	<p>6a. Besondere Bestimmungen</p>
	<p>§ 35b Anmerkungen im Grundbuch</p> <p>¹ Vertraglich vereinbarte Nutzungsverzichte und besondere Pflegemassnahmen zur Förderung der Biodiversität sind durch den Kanton im Grundbuch anmerken zu lassen.</p>

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
	<p>² Die Kosten der Anmerkung trägt der Kanton.</p>
<p>§ 36 ...¹⁾</p>	<p>§ 36 <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>§ 37 Strafbestimmung</p> <p>¹ Wer gegen das Verbot nach § 13a verstösst, wird mit Busse bis zu 20 000.– Franken bestraft.</p>	<p>§ 37 <i>Strafbestimmung</i> <u>Übertretungen</u></p> <p>¹ Wer gegen das Verbot nach § 13a verstösst, wird mit Busse bis zu 20 000.– Franken bestraft. <u>Unter Vorbehalt der Strafbestimmungen des Bundesrechts wird mit Busse bis zu 20'000.– Franken bestraft; wer vorsätzlich</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Wald bewilligungspflichtige Veranstaltungen ohne die nötige Bewilligung durchführt, 2. im Wald verbotene Freizeitaktivitäten im Sinne von § 13a betreibt, 3. ohne Berechtigung abseits von Waldstrassen und befestigten Waldwegen fährt oder reitet, 4. im Wald Bauten oder Anlagen ohne forstrechtliche Bewilligung erstellt, zweckentfremdet oder erweitert oder die Bedingungen und Auflagen missachtet oder 5. ohne Bewilligung nachteilige Nutzungen im Sinne von § 14a vornimmt. <p>² Handelt der Täter fahrlässig, ist die Strafe Busse bis Fr. 10'000.</p> <p>³ Für Übertretungen gemäss Abs. 1 Ziff. 2 und Ziff. 3 legt der Regierungsrat Ordnungsbussen zwischen Fr. 50 und Fr. 300 fest. Die Vorschriften des Ordnungsbussengesetzes²⁾ sind sinngemäss anwendbar.</p> <p>⁴ Entscheide der Strafbehörden, die in Anwendung dieses Gesetzes oder des Bundesgesetzes ergehen, sind der für den Wald zuständigen Stelle des Kantons mitzuteilen.</p>
	<p>§ 37a <i>Anzeigepflicht</i></p>

¹⁾ Änderung und Aufhebung bisherigen Rechtes, ABI. 1994, Seite 1833.

²⁾ SR [314.1](#)

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
	<p>¹ Angehörige des Forstdienstes sind zur Anzeige verpflichtet, wenn sie im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit Widerhandlungen gegen die Waldgesetzgebung von Bund und Kanton feststellen.</p>
	<p>§ 37b Polizeiliche Befugnisse</p> <p>¹ Zur Unterstützung der Strafverfolgung auf dem Gebiet der Waldgesetzgebung von Bund und Kanton bezeichnet der Regierungsrat die Mitarbeitenden des Forstdienstes, die über polizeiliche Befugnisse verfügen. Die polizeilichen Befugnisse umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. das Anhalten verdächtiger Personen und das Feststellen deren Identität2. das Sicherstellen mitgeführter Werk- und Fahrzeuge sowie gefälltten Holzes bis zum Eintreffen der Polizei3. das Kontrollieren von Behältnissen4. die Ahndung von Übertretungen gegen die Waldgesetzgebung im Ordnungsbussenverfahren <p>² Wer polizeiliche Befugnisse ausübt, muss dafür ausgebildet sein.</p> <p>³ Die zuständigen Personen weisen sich bei ihren Amtshandlungen aus. Der Ausweis gilt als Nachweis über die erforderliche Ausbildung.</p>
8. Übergangs- und Schlussbestimmungen	<i>Text entfernt.</i>
<p>§ 38 Bildung von Forstrevierkörperschaften</p> <p>¹ Die Forstrevierkörperschaften gemäss § 5 sind innert fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu bilden. Nach Ablauf dieser Frist kann der Regierungsrat Forstrevierkörperschaften schaffen.</p>	<p>§ 38 Aufgehoben.</p>
<p>§ 39 Bildung von betrieblichen Ausgleichsfonds</p>	<p>§ 39 Aufgehoben.</p>

Geltendes Recht	Entwurf Vernehmlassung
<p>¹ Forstbetriebe gemäss § 26 Absatz 1 haben innert fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die bisherigen Forstreservekassen aufzulösen und mit den frei werdenden Mitteln einen betrieblichen Ausgleichsfonds zu bilden.</p>	
<p>§ 40 Hängige Verfahren</p> <p>¹ Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Verfahren werden nach neuem Recht durch die nach altem Recht zuständige Behörde weitergeführt.</p>	<p>§ 40 <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>§ 41 Inkrafttreten</p> <p>¹ Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat festzulegenden Zeitpunkt in Kraft¹⁾.</p>	<p>§ 41 <i>Aufgehoben.</i></p>
	<p>II.</p>
	<p><i>(keine Änderungen bisherigen Rechts)</i></p>
	<p>III.</p>
	<p><i>(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)</i></p>
	<p>IV.</p>
	<p>Dieses Änderung tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.</p>

¹⁾ §§ 16 und 18 - 22 vom Bund genehmigt am 31. August 1995, in Kraft gesetzt auf den 1. April 1996.